

Demografischer Wandel und Konkurrenzfähigkeit des Öffentlichen Dienstes

Öffentlicher Dienst muss wettbewerbsfähig werden!

Mit dem Leitthema „Demografischer Wandel – was ist zu tun?“ hat der **dbb** wieder einmal die Herausforderungen der Zukunft in den Blick genommen. Vom demografischen Wandel werden grundsätzlich alle Institutionen und Privatpersonen betroffen sein. Dies gilt selbstverständlich auch für den öffentlichen Dienst und seine vielfältigen Aufgabengebiete. Der **dbb** und seine Mitgliedsgewerkschaften konnten neben Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel** und Bundesinnenminister **Dr. Hans-Peter Friedrich** unter anderem den NRW-Finanzminister **Dr. Norbert Walter-Borjans**, BA-Chef **Frank-Jürgen Weise** sowie die Mitglieder aller Fraktionen des Bundestagsinnenausschusses begrüßen.

Der **dbb**-Bundesvorsitzende **Peter Heesen** stieg mit der Aussage ein, wonach wir nicht „wesentlich mehr sondern mehr Wesentliches“ benötigen. So seien wieder mehr Gemeinwohlorientierung und eine Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft erforderlich. Die Menschen müssen wieder von ihrer Arbeit leben können, ansonsten stimmen die Preise nicht, so der **dbb**-Chef. Seit 1993 kürzt der Bund Jahr für Jahr das Personal des öffentlichen Dienstes, „wir sind dabei uns bis zur Handlungsunfähigkeit durch zu sparen“, ergänzte Heesen.

Der Öffentliche Dienst müsse attraktiver werden, um konkurrenzfähig zu bleiben. Konkret benötige man höhere Einstiegsgehälter, bessere Aufstiegschancen sowie eine interne Fachhochschulausbildung, um den Nachwuchs frühzeitig an sich zu binden. Zudem seien flexible Arbeitszeitmodelle, erweiterte Tele-Arbeitsmöglichkeiten und flexiblere Altersgrenzen notwendig. In den kommenden 10 Jahren werden fast 20 % der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand gehen und es werde angesichts der abnehmenden Schulabgängerzahlen immer schwieriger, die Personalbedarfe zu decken. Insofern wird der **dbb** in der anstehenden Einkommensrunde 2012 entschieden handeln! Die Kolleginnen und Kollegen haben zu Recht die Erwartung, an der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre angemessen zu partizipieren.

Bundesinnenminister **Dr. Hans-Peter Friedrich** wies auf die hohe Bedeutung des öffentlichen Dienstes für die Bewältigung der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise hin und brachte seine Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck. Die pauschale Stellenkürzung könne nicht mehr einfach so weiter gehen, gleichwohl müsse die Konsolidierung der Haushalte im Fokus bleiben. Wichtig werde eine konstruktive Aufgabenkritik sein. Der Bundesinnenminister verwies auf das Fachkräftegewinnungsgesetz, das erst kürzlich unter Mitwirkung des **dbb** verabschiedet wurde.

Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel** zeigte sich besorgt über die in vielen europäischen Ländern herrschende hohe Jugendarbeitslosigkeit. Die künftige Gesellschaft werde „weniger, älter und vielfältiger“ sein. Der demografische Wandel bedingt einen sorgfältigen Umgang mit den finanziellen Ressourcen. Sie dankte den Beschäftigten der öffentlichen Verwaltungen für ihre engagierte Arbeit und merkte an, dass man über das, was reibungslos laufe, in der Öffentlichkeit nicht spreche. Die Bundesregierung arbeite derzeit an einer ressortübergreifenden Strategie, um den demografischen Wandel zu gestalten. Dazu gehören eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben im Alter, solide Finanzen und eine Umstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit **Frank-Jürgen Weise** machte deutlich, dass bis 2030 etwa 6 Millionen Arbeitskräfte in Deutschland fehlen werden. Wenn man die Aspekte „ohne Schulabschluss, ohne Ausbildungsabschluss und älter als 55“ addiert, dann machen sie etwa 2/3 der Arbeitslosigkeit aus. Es gelte verstärkt präventive Ansätze zu fahren. Neben einer gezielten Zuwanderung stellt sich die Frage, wie man gut ausgebildete Fachkräfte in Deutschland halten kann. Die Weiterbildungsbeteiligung, insbesondere von älteren Arbeitnehmern, müsse deutlich erhöht werden. Weise verwies auf ein Sonderprogramm der BA, mit dem ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben qualifiziert und folglich wettbewerbsfähiger gemacht werden sollten. **Frank-Jürgen Weise** dankte dem **dbb**-Chef **Peter Heesen** und dem **vbba**-Bundesvorsitzenden **Waldemar Dombrowski** für die konstruktive Zusammenarbeit und die Verlässlichkeit. Dazu gehöre selbstverständlich eine kritische Begleitung, um Vorhaben und Sachverhalte im Interesse der Beschäftigten und der Aufgabe korrigieren oder optimieren zu können. Das ist dem BA-Vorstand wichtig. Der BA-Chef strebe den Verbleib in der Fläche an, um für die Kunden gut erreichbar zu sein. Weise sprach sich ebenso wie der **dbb** und seine Mitgliedsgewerkschaften für durchlässigere Laufbahngruppen aus.

Im Gespräch erörterten **Otto Kentzler** (Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks) und **Waldemar Dombrowski** die aus dem demografischen Wandel resultierenden Chancen und Risiken für das Handwerk. Einerseits haben verschiedene Handwerksberufe bereits heute erhebliche Rekrutierungsprobleme. Andererseits biete die altersgerechte Gestaltung des Wohnraumes und des Umfeldes für das Handwerk erhebliche Auftragspotentiale.

Für die **vbba** nahmen **Waldemar Dombrowski** und **Gerhard Knab** (stellvertretender Bundesvorsitzender) an der Jahrestagung teil. Sie sind sich einig, dass der demografische Wandel die BA in doppelter Hinsicht fordern wird. Einerseits als Dienstleister und Partner für Betriebe, Arbeitnehmer und Institutionen und andererseits als Arbeitgeber/Dienstherr für das eigene Personal. Im zukünftigen Wettbewerb um qualifiziertes Personal und geeigneten Nachwuchs werde einiges zu tun sein. Unter diesem Vorzeichen müsse man bereits die künftige Einkommensrunde sehen.